

# Bergarbeiter-Zeitung

## Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 50 Pf., vierteljährlich 1,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk. — Zeit- und Veranschaulichungsrate: Seiten pro Seite 25 Pf. — Geschäftskunden werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Franz Koforty; Druck: H. Harnemann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wilmshäuser Straße 38—42. Telefon-Nr. 98 u. 89. Telegr.-Adr.: Ullrichs Bochum.

### Gegenfällige Interessen.

Nun so viel, sehr stark übertreibend, über die „Gemeinsamkeit der Arbeiter- und Unternehmerinteressen“ geschrieben und geredet wird, dürfte es auch angebracht sein, ein Urteil über diese „Gemeinsamkeit“ von einer sehr kompetenten Seite zu registrieren. Wohlgerichtet, es handelt sich für uns um wirtschaftliche Interessen, die mit dem Arbeitsverhältnis verknüpft sind, um innerwirtschaftliche Angelegenheiten. Daß Arbeiter- und Unternehmertum jetzt gemeinsam interessiert sind an der entschlossenen Abwehr aller Pläne, die auf eine Vernichtung oder Lähmung der deutschen Industrie und unseres Außenhandels gerichtet sind, versteht sich von selbst. Augenblicklich fragt es sich für uns hier, ob die von der „wirtschaftsfriedlichen“ Werberzeitschrift fast uneingeschränkt behauptete Interessengemeinschaft zwischen Arbeiter und Unternehmer wirklich besteht.

Auf diese Frage hat der preussische Handels- und Bergwerksminister, Herr Dr. Sydow, kürzlich in der Haushaltskommission des Landtages eine beherzigenswerte Antwort gegeben.

Bei der Kommissionsberatung über die Verstaatlichung der Hibernia wünschte ein Kommissionsmitglied die Bildung einer Körperschaft, die über die Maßnahmen der Zechensyndikate, namentlich über die Festsetzung der Verkaufspreise, mit zu bestimmen hätte. In dieser Körperschaft — eine Art Aufsichtskommission — sollten neben den Werksbesitzern und Staatsvertretern auch Vertreter der Arbeiter, der Landwirtschaft, des Handels und der Konsumenten Sitz und Stimme haben. Dazu erklärte laut Kommissionsbericht der Herr Minister:

„Dem Vortrager komme es wohl darauf an, daß die Preisfestsetzung von der Zustimmung der Interessenten abhängig gemacht werden solle. Außer den Bergwerksbesitzern kämen hierfür die Bergarbeiter, die Vertreter der Industrie, der Landwirtschaft und der Städte in Betracht. Diese Kreise vertreten gewiß wichtige Interessen; aber man werde doch angeben müssen, daß deren Interessen denen der Bergwerksbesitzer vielfach entgegengesetzt seien, und man könne nicht den Gegeninteressen die Entscheidung über das in die Hand geben, was dem anderen Teile gewährt werden solle.“

Der Minister konstatiert also „vielfach entgegenge setzte“ Interessen zwischen den Bergwerksbesitzern und den Arbeitern! So richtig das ist — wir haben diese natürlichen Interessengegensätze hier weiß wie oft betont — trotzdem wird den Arbeitern von gewisser Seite immer wieder vorgepredigt ihre Interessen seien hauptsächlich gleichartig mit denen der Bergwerksbesitzer. Auf diesem Trugschlus baut man die ganze „wirtschaftsfriedliche Bewegung“ auf und er wird ferner dazu benutzt, eine spezielle Arbeitervertretung sehr häufig bei der Beratung und Entscheidung über spezielle Arbeiterangelegenheiten auszuschließen mit dem Einwand, die Werksbesitzer seien

schon selbst bedacht auf die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen. Die Erklärung des Ministers bejaht jedoch unzweifelhaft, daß „vielfach“ gegenfällige Interessen zwischen Arbeitern und Werksbesitzern bestehen, insoweit die eine Gruppe nicht zur Entscheidung über das Wohl und Wehe der anderen berufen sei. Das mögen sich unsere Kameraden auf alle Fälle gut einprägen!

Mithin haben wir auch nach der Erklärung des Ministers rechtmäßig zu fordern, daß überall dort, wo über Arbeiterinteressen beraten und entschieden wird, auch spezielle Arbeitervertreter paritätisch mitwirken! Und zwar keine sogenannten „Arbeitervertreter“, die in irgend einem Abhängigkeitsverhältnis zu den Unternehmern stehen. Also müssen die Arbeiterausschüsse auf den einzelnen Werken aus von dem Unternehmertum unabhängigen Arbeitervertretern gebildet werden. Von den Arbeitervertretern in den auf Grund des Hibernia-Gesetzes gebildeten Schiedsgerichten gilt das gleiche. Wir müssen weiter verlangen, daß in allen behördlich eingeleiteten Kommissionen, Ausschüssen und Beiräten, die auch über Arbeiterinteressen beraten und beschließen, Arbeitervertreter in paritätischer Weise Sitz und Stimme haben. Im strikten Widerspruch zu der älteren ministeriellen Erklärung sind heute noch Arbeitervertretungen in sehr vielen behördlicherseits vorübergehend berufenen oder dauernd eingeleiteten Kommissionen, Ausschüssen und Beiräten überhaup nicht zu finden. Dort beraten und entscheiden also Werken und Gruppenvertreter, deren Interesse vielfach den Arbeiterinteressen entgegengeleitet ist, auch über das Wohl und Wehe der Arbeiterschaft. Damit ist der Arbeiterseitig die entwürdigende Rolle eines „fünften Rades am Wagen“ angedeutet.

Der Herr Minister sagt, daß man nicht „Gegeninteressen“ in Entscheidung über das in die Hand geben“ könne, „was dem anderen Teile gewährt werden solle“. Ein sehr richtiger Grundsatz — aber wird danach auch verfahren gerade auf dem Gebiete, dessen Pflege speziell die Aufgabe des Handels- und Bergwerksministeriums ist? Diese Frage stellen, heißt sie auch beantworten.

Nebenfalls werden unsere Kameraden aus der beherzigenswerten Ministererklärung entnehmen, daß der Bergarbeiterverband auf dem rechten Wege ist, wenn er die Anerkennung der vollen Gleichberechtigung der Arbeiterschaft fordert. Der Minister selbst gesteht zu, daß man „Gegeninteressen“ nicht die Entscheidung über Wohl und Wehe der anderen Interessengruppe anvertrauen kann. Das ist gegen die Natur! Nur Knechtsnaturen sagen anders.

Also, Kameraden, in eure Hand ist eure Zukunft gestellt. Ihr seid stark und einig, dann bekommt ihr den nötigen Einfluß, um eure Interessen wirksam wahrnehmen zu können. Beherrschet das und sorgt für einen mächtigen Bergarbeiterverband!

die Arbeitsunlust der Bergleute und die „hohen Löhne“ seien für die Kohlenknappheit und die Wucherpreise haftbar, entschieden zurück, forderte eine bessere Nahrungsmittelversorgung und Entlohnung der Arbeiter. Wohl wurden auch von anderen Parteivertretern erhebliche Bedenken gegen das Hiberniageschäft vorgebracht, aber schließlich wurde die Vorlage angenommen. Die Verantwortung für diese außerordentliche Belastung des Staatsbudgets fällt auf die Mehrheit des Landtages.

### Kaligeleg, Kalipreiserhöhung und Bergarbeiterlöhne.

Aus dem Kalindistriktgebiet wird uns geschrieben:

Am 24. Juni 1916 trat die neue Novelle zum Kaligeleg in Kraft. Sie schließt eine Erhöhung der Kalipreise in sich, ebenso eine Steigerung der Bergarbeiterlöhne. Befristlich greift mit dem Kaligeleg vom 25. Juni 1916 der Staat wohl erstmalig in einen Industriezweig preisbestimmend ein, ebenso enthält das Gesetz Schlichtungsmaßnahmen gegen wechselseitige Lohnreduktionen. Die Preisregelung gestaltet sich so, als Höchstpreise für das Inland festgelegt sind, diese Höchstpreise aber für das Ausland als Mindestpreise gelten. Der § 12 des Gesetzes bestimmt unter Androhung der Kürzung der Beihilfungsbeiträge, Förderung betreffend, die Werksbesitzer, den Durchschnittslohn der Arbeiter nicht unter einen gewissen Lohnstand sinken zu lassen. Inwiefern die Kaliverwerksbesitzer diesem nachkommen sind, soll unten nachgeprüft werden.

Es gibt kaum einen Industriezweig in Friedenszeiten, der so ohne Rücksicht auf Produktion und Bedarf sich entwickelt hat, wie die Kalindustrie. Sozials auf Schächte entfallen. Den Inlandsbedarf konnten sie länger decken, aber an einen Stillstand der Betriebsentwicklung war nicht zu denken. Man hoffte, die Werke in Betrieb zu halten und weiter entwickeln zu können, wenn der Auslandsbedarf sich hob. Das geschah nicht, solange Frieden war, der Krieg hat dieser Situation aber einen tiefen Strich durch die Rechnung gezogen. Der Auslandsbedarf geriet, bis auf kleine Mengen in neuerer Zeit, gänzlich ganz ins Stocken und wenn auch infolge des vorhandenen Vorrats verschiedener künstlicher Düngemittel im Inlande der Kalieinsatz stetig, so reicht dieser Vorrat bei weitem nicht aus, um die Lücke in der Kalindustrie voll oder überhaupt in Betrieb zu halten. Laß dadurch die Einnahmen und Gewinne der Kalwerke hart zurückgegangen, verfiel sich von selbst. Die gefällige Festsetzung der Preise hindert die Werke, sich durch Preiserhöhungen schloß zu halten, sie müßten, wenn sie verbieten, auf eine geistliche Verwendung legen. Erhöhung der Preise hindern. Die Kalindustriellen erheben sich gegen diese Preisbestimmung für die Erhöhung und so werden den Ertrag, daß der Reichstag im September 1915 die Inlandspreise für zwei Sorten Düngemittel um 14 Pf. pro Tonne reines Kali erhöhte, außerdem wurde den Werken die Reichsabgabe um 60 Pf. pro Tonne reines Kali erlassen. Die Werksbesitzer erklärten aber diese Preiserhöhung für ungenügend und verlangten weitere Entgegenkommen.

Im Reichstag hat die Landwirtschaft bei den verschiedenen Parteien eine starke Stütze, diese für eine Steigerung der Kalipreise zu erwirken, war gewiß nicht leicht. Die Kalindustrie mußte daher eine Stütze suchen bei antikapitalistischen Parteien und so haben wir erlebt, wie sie sich selbst mit der sozialdemokratischen Partei und mit den Arbeiterorganisationen, die für die Kalipreise in Frage kommen, in Verbindung setzten. Für diese entstand die Frage, die Erträge der Arbeiterschaft zu erhöhen. Dadurch, daß keine oder möglichst wenig Beiträge wegen Arbeitsmangel eingekollt und vor allen Dingen, daß die Lohnverhältnisse höherer und besser gestellt würden. Wollten sie das, müßten sie für die Preiserhöhung eintreten, was sie um je mehr tun konnten, als die Preiserhöhungen Volksschichten treffen, die erhebliche Preise zahlen konnten, die durch Wucher allein Milliarden verdienen.

Eine Konferenz der Kaliarbeiter, die am 8. August 1915 in Hannover tagte, beschloß einstimmig, daß bei den obigen Voraussetzungen, Lohnerhöhung betreffend, die Parteien einer Erhöhung der Preise zustimmen können. Also nicht um der schönen Augen der Kaliverwerksbesitzer halber berichte sich die Arbeiterschaft mit dieser Preiserhöhungfrage, sondern um den Arbeitern mit der Preiserhöhung eine wesentliche Lohnerhöhung zu sichern.

Inzwischen hatten die Kaliverke Eingaben an den Bundesrat gerichtet. Mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen vereinbarten sie, daß bei einer Kalipreiserhöhung von 2½ bis 3 Pf. pro Tonne reines Kali eine Lohnerhöhung von 30 bis 50 Pf. pro Schicht in der Weise zugestanden werden sollte, daß auf die niedrigsten Löhne 60 Pf. Zulage und dann bei je 1 Mt. Mehrertrag 30 Pf. und 40 Pf., bis zu 30 Pf. Zulage für die höchste Lohnklasse, entfallen sollten. Die Vollversammlung der Kalindustrialisten, die im April 1916 stattfand, beschloß sich mit der Angelegenheit und formulierte folgenden Vorschlag: Für 40-prozentiges Düngemittel sollen 4 Pf. Preiserhöhung bewilligt, dafür den Arbeitern Lohnerhöhungen zugestanden werden bei einem Verdienst von:

bis	3,99 Mk. an Verheiratete	60 Pf.,	an Ledige	40 Pf.
von 1,00—4,99	„	50	„	34
von 5,00—9,99	„	40	„	24
von 10,00 u. mehr	„	30	„	20

Weisliche Arbeiter sollten 40 Pf. und jugendliche Arbeiter unter 17 Jahren 2 Pf. der Zuschläge für Unverheiratete erhalten. Diese Bewilligungen hätten zu keinem Ausgleich gegenüber der Teuerung beigetragen, aber sie brachten den Arbeitern doch Vorteile. Am 1. Juli 1916 hätten sich nach den vorhergehenden amtlichen Lohnstatistiken dann die Löhne folgendermaßen gestalten müssen:

Lohnklasse	Anst. Lohn im 2. Viertel 1916		Zuschlag		Lohn im 3. Viertel	
	Verheiratete	Unverheiratete	Verheiratete	Unverheiratete	Verheiratete	Unverheiratete
I	5,63	4,74	40	34	6,03	5,08
II	4,74	4,51	50	34	5,24	4,85
III	4,51	4,67	50	34	5,01	5,01
Zum Durchschnitt	4,67	4,67	50	34	5,17	5,01

I	6,00	4,74	40	34	6,40	5,08
II	5,08	4,51	50	34	5,58	5,17
III	4,85	4,67	50	34	5,35	5,17
Zum Durchschnitt	4,67	4,67	50	34	5,17	5,01

Die Lohnklassen IV und V sind weggelassen, weil fast nur jugendliche Arbeiter in Frage kommen. Anlässlich der Verhandlungen im Reichstag über die Kalifrage zogen die Werksbesitzer ihre obigen Bewilligungen zurück. Die Regelung der Lohnfrage lag nunmehr in den Händen des Reichstages. Es sei auf ihre Befreiung eingegangen werden soll, wollen wir feststellen, was die Beschläge des Reichstages den Kaliverken brachten. Die Preise standen für

### Die Hibernia verstaatlicht.

In zweiter und dritter Lesung hat der preussische Landtag am 23. Januar den Vorschlag der Regierung, den Rest der Hibernia-Aktien zum Preise von 98 188 600 Mark (Nominalbetrag der Aktien 34 446 600 Mark) für den Staat zu erwerben, angenommen. Dagegen stimmten geschloffen nur die Sozialdemokraten.

Ueber die erste Lesung und die Kommissionsberatung der Hiberniavorlage ist in der „Bergarbeiter-Zeitung“ schon kurz berichtet worden. Den Gesamtindruck der ganzen Verhandlungen kann man dahin zusammenfassen: Eigentlich hat kein Parteivertreter behauptet, daß der Erwerb der Hibernia zu einem sehr hohen Preise erfolge, der bei einem Umschlag der Konjunktur, abgesehen von größeren Betriebsunfällen, kaum dem Fiskus eine nennenswerte Betriebsrente ermöglichen würde. Den Stammmaktionären sollen nämlich bis 1934 jährlich weiter 11 Prozent Zinsen gezahlt werden. Der Fiskus rechnet mit einem Reinertrag von 15 Prozent gleichkommt. Also blieben dem Fiskus nach Abzug der an die Aktionäre weiter zu zahlenden Kapitalzinsen und gar nach Abzug der gesetzlichen Tilgungssumme (1/2 Prozent) der Anleiheschuld nur 2,50 Prozent Reinertrag des Anlage- und Betriebskapitals! Dafür hat er das ganze Risiko zu tragen. Im Jahre 1934 soll dann den Aktionären noch ihr Aktienkapital zu einem Kurse von rund 254 Prozent ausbezahlt werden! Die Stammmaktionäre haben von 1873 bis einschließlich 1915 bereits 371 Prozent Dividende (außer den Millionensummen an Zinsen usw.) bezogen, bis 1934 sollen sie weitere 187 Prozent Zinsen erhalten, so daß die Herren inzwischen mehr als den fünfeinhalbfachen Betrag des Nennwertes der Aktien in Form von Dividenden bezogen hätten und dann haben sie Anspruch auf Auszahlung des mehr als zweieinhalbfachen Betrages des Nennwertes ihrer Aktien!!!

Daß dieses Hiberniageschäft für den Staat mindestens kein gutes; für die Aktionäre ein brillantes sei, verdrängen auch solche Parteivertreter nicht, die im übrigen geneigt waren, die Verstaatlichung von der möglichst besten Seite zu beurteilen. Kamerad Hue hat in der ersten Lesung, in der Kommission und in der Schlussberatung den entscheidendsten Einfluß gegen diese Art der Verstaatlichung des Staatsbergbaues erhoben. Er erklärte, daß er und seine Freunde gerade als Beiratsmitglieder der Bergbauverstaatlichung dringende abraten müßten von dem Hiberniageschäft. Der Fiskus erwerbe wieder ein überkapitalisiertes Unternehmen, wenn er den vorgelegten Preis anlege. Die Folge würde sein, daß der Fiskus leidendes an hohen Kohlenpreisen interessiert würde, in der Kampfphase den hohen Dividendenbetrag für die privaten Vorbesitzer herauszuwickeln müsse. Der Erwerb der Hibernia sei von den Werksbesitzern nun dem Fiskus zugestanden worden als Entgelt für seinen Beitritt zum Kohlenyndikat.

Die Syndikatsherren wissen ganz genau, welche großen finanziellen und moralischen Vorteile ihnen der Beitritt des Fiskus zum Kohlenyndikat einbringe. Die ganze Aktion laufe auf eine Bindung des Fiskus an das Kohlenyndikat, eine Deckung der Preispolitik des Syndikats durch den fiskalischen Genossen und nicht zuletzt auf eine Erleichterung der im Volksinteresse unbedingt notwendigen Reform unserer Bergbauverhältnisse hinaus! Das könne ein wehrer Freund der Grundverstaatlichung nicht mitmachen. Man sehe ja jetzt, daß gerade die entschiedensten Gegner des Staatsbergbaues für den überkauften Ankauf der Hibernia eintreten, während die entschiedensten Verstaatlichungsfreunde, die Sozialdemokraten, die Vorlage ablehnten. Das lasse tief blicken und werde vom Volke verstanden werden.

Im Verlaufe der Erörterungen besprach Hue auch die Arbeiterverhältnisse der Hiberniageschäfte. Regierungssseitig wurde erklärt, daß die Gesellschaft Hibernia zu „den bestrentierenden“ gehöre; selbst wenn die meisten anderen Zechen ohne Nutzen arbeiteten, würden die Hiberniageschäfte noch einen Gewinn abwerfen. Hibernia habe „eine sehr vorsichtige Dividendenpolitik“ getrieben, sehr bedeutende Renanlagen und Verbesserungen gemacht und bedeutende Reserven zurückgelegt. Das bestätigten mehrere Abgeordnete, die mit der Bergwerksindustrie genau vertraut sind. Kamerad Hue gab zu, daß die H.G. Hibernia ein sehr rentables Unternehmen sei, aber wenn die Arbeiter mit Lohnforderungen kämen, wären ihnen werksseitig die Verhältnisse der Zechen nicht künstlich geschildert worden! 1915 habe die Hibernia einen Bruttoertrag (inkl. Ausgaben für Renanlagen usw.) von 16 75 Millionen Mark gemacht. Die Roherträge (sämtliche Betriebe) vor Zinsen hätten 17 Mark betragen, wovon nur etwa 5 80 Mark Lohnkosten (etwa 35 Prozent) waren. Der Durchschnittslohn pro Schicht stelte sich Ende 1915 auf 6 18 Mk. oder nur 10,39 Prozent mehr gegen Juli 1914, trotz der enormen Lebensmittelerhöhung! Der Lohn sei auch im Verhältnis zu dem Betriebsgewinn viel zu niedrig, was ebenfalls die hohe Rente der Aktionäre erkläre. Dieses ungerade Verhältnis bestehe dort längst, wie der Privatdozent Dr. Stille von der Universität Halle dokumentarisch nachgewiesen habe. Dies verdränge die Forderung der Staat als Betriebsinhaber nicht bestehen lassen. Dadurch vermindere sich aber auch die Betriebsrente und die Rechnung in der Hiberniavorlage stimme nicht mehr. Hue bestrich ferner die außerordentlich hohen Krankheitsziffern auf den Zechen Schamrock III, Hibernia und Ufstraden und forderte sanitäre Vorkehrungen. Ferner erwähnte er Kamerad die jetzigen hohen Kohlen-, Holz- und Arztpreise und die wegen Wagenmangel einsetzende Kohlenknappheit außerhalb der eigentlichen Bergarbeiterbezirke. Er wies die verschiedentlich draußen im Lande aufgestellte Anschuldigung,



Der Reichskonferenz lag auch eine von der Gruppe Internationale Sozialisten Deutschlands...

Systematischer Kampf gegen die Politik der Gewerkschaftsinstitutionen...

Die Unterschiede zwischen diesen Erklärungen sind nicht erheblich, sie stimmen darin überein...

Das ist deutlich genug. Noch gar nicht lange ist es her, da wurde von derselben Seite...

auch die Gewerkschaften ruhig weiter entwickeln. Die Zahl der Mitglieder der zur Landzentrale...

Mißstände auf den Gruben. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Becke Bergmannsgrube. Die Kameraden auf diesem Werk klagen über niedrige Löhne und über die großen Lohnunterschiede...

Becke Friedrich der Große I und II. Die Verwaltung wird erachtet sich doch einmal die Schichtlöhne der Zimmerhauer...

Becke Gottfried Wilhelm. Wenn der Steiger Horn öfter solche Mutantfälle bekommt wie am 18. Januar, dann möchten wir ihn für den Schützenschreiber...

Becke Rosenblumendelle. Schacht Kronprinz. Die Kameradschaft im Revier des Bahnschneiders...

Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Die „Eiserne Arbeiterzeitung“.

In Nr. 3 der „Bergarbeiter-Zeitung“ haben wir uns die zweifelhafteste Stellung vorgegeben...

In ihrer Nummer vom 20. Januar sucht die „Arbeiterzeitung“ sich mit einer kurzen Notiz...

Die Leser der „Arbeiterzeitung“ erfahren also wieder nicht, warum diese Zeitung den Konferenzbericht nicht veröffentlicht hat...

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika sind von den Schrecken und der Not des Krieges verschont...

bei sie (die „Arbeiterzeitung“) den Konferenzbericht nicht veröffentlichte. Der Bericht ist zuerst der „Arbeiterzeitung“...

Der Verband in Hammer Bezirk.

Die am 21. Januar tagende Bezirkskonferenz konnte trotz der vorhergehenden Wirkung des Krieges auf ein ziemlich befriedigendes Jahr organisatorischer Tätigkeit zurückblicken...

Die Konferenz, die sehr anregend verlief, stellte sich nach einem Referat des Kameraden Waldbeder einmütig auf den Standpunkt...

Was möglich ist.

Auf Beche Wetzfalen hatten 83 Mann gekündigt und verlangen ihre Kündigungsforten. Der Petitionsführer zweigerte lange...

Von der Seife.

Kürzlich brachten wir die Mitteilung, daß die Beche Viktor bei Gairop für 22 Gramm Seife 90 Pf. abverlangt habe...

Für Herstellung des Grubenholzes.

wird uns geschrieben: Kohle und Grubenholz sind für den Ausgang des Krieges recht wichtig. Ohne Grubenholz keine Kohle...

Die Verjorgung mit Grubenholz wird nicht durch die Zeichen selbst, sondern durch Händler besorgt. Die Waldbesitzer bieten in der Regel das Holz öffentlich zum Kauf an...

Den 3. n folgt der Restmeter für und fertig zum Gebrauch für den Bergmann jetzt ungefähr 20 Mark. Dabei ist es gleich, ob es sich um langes oder kurzes, dickes oder dünnes Holz handelt...

Aus der Genossenschaftsbewegung. Ergebnisse der „Volksfürsorge“.

Trotz aller Schwierigkeiten, die der Krieg einem so jungen Unternehmen wie der „Volksfürsorge“ bereiten mußte, kann jetzt, wo über das Geschäftsjahr 1918 abschließende Zahlen vorliegen...

Internationale Rundschau. Die Internationale und der Krieg.

Der Krieg hat die sozialistische Internationale zerstört! Die gewerkschaftlich und politisch organisierte Arbeiterschaft...

Table with 4 columns: Für die Verarmung der Internationalen, Derzeit gegen die Verarmung, A. Die Neutralen, B. Die Kriegführenden. Lists countries like Holland, Schweden, Spanien, etc.

Die Vereinigten Staaten von Nordamerika sind von den Schrecken und der Not des Krieges verschont geblieben...

